

Adorfer Grenzboten



Der Adorfer Grenzboten gelangt jeden Wochentag nachm. zur Ausgabe, für den nächsten Tag vordatiert. — Anzeigen nach Tarif. — Postfach-Konto 37369 Leipzig. — Fernruf Nr. 14. Gegr. 1835

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Delsnitz i. Vogtl., des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft und des Stadtrates zu Adorf im Vogtland

Sageblatt u. Anzeiger

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder sonstige Störung des Betriebes) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückgabe des Bezugspreises.

für Adorf (Vogtl.), Bad Elster, Bad Brambach, Amsgrün, Breitenfeld, Bergen, Freiberg, Ober- u. Untergottengrün, Hermgrün, Jugelsburg, Leubetha, Mühlhausen, Nebersreuth, Nentengrün, Schönberg, Siebenbrunn, Sohl, Wohlbach u. das übr. obere Vogtl.

Sonntags eine illustrierte Unterhaltungsbeilage

Druck und Verlag: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.), Bergstraße 14. — Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.)

Nr. 180

Mittwoch, den 5. August 1925

Jahrg. 90

Der Mühlweg wird für den Durchgangsbauarbeiten an der Mühlgrabenbrücke bis auf Weiteres gesperrt.

Adorf, den 4. August 1925.

Der Stadtent.

Was gibt es Neues?

Der Reichspräsident ließ sich Vortrag halten über die Lage im Flüchtlingslager von Schneidemühl. In der Reichstagsdebatte hat die deutsche nationale Fraktion eine Interpellation über die Dptantenfrage und die Not in Schneidemühl eingebracht. In Sachen des Sicherheitspactes sprechen belgische Kreise von einer Konferenz im September unter deutscher Beteiligung Deutschlands. Im Reichstag wurde in Fortsetzung der Unterweisung über die Umwälzung der Besteuerung der Einkommensteuer behandelt. Unter rüstiger Beteiligung begannen in Detmold die Arbeiten am 50-jährigen Bestehen des Reichstages. Ein deutscher Fliegertag in Döblingen fand unter der Beteiligung statt. Die Flieger haben die Bahnlinie nach Taza an mehreren Stellen zerstört.

Flüchtlingselend in Schneidemühl.

Das Flüchtlingselend in Schneidemühl nimmt von Tag zu Tag größere und erschreckendere Formen an. Nach den Berichten aus Schneidemühl sind gegenwärtig in den Schneidemühler Dptantenbaracken etwa 8000 polnische Flüchtlinge untergebracht, nach den Angaben des Reichsaussenministers Dr. Stresemann hat Deutschland mit der Ausweisung von etwa 1000 Flüchtlingen aus Polen zu rechnen. Nach dem Ermessen müssen wir also in diesen Tagen mit einer erheblichen Zunahme dieser überaus traurigen Elendsbilder rechnen. Nach den Ausführungen des Reichsaussenministers, des Lagerkommandanten Schneidemühl, hatte man in Deutschland mit der Ausweisung von etwa 3000 deutschen Dptanten gerechnet, für diesen Zustrom waren auch die Dptantenbaracken in Schneidemühl, sowohl in Bezug auf den Raum als auch auf die Unterhaltungsverhältnisse, nicht geeignet. Daß bei dem Andrang einer mehr als doppelten Anzahl von Flüchtlingen auf den ersten Stoß, bei der Unterbringung in Schneidemühl die getroffenen Vorkehrungen in Schneidemühl sich als durchaus unzureichend erweisen müssen, liegt klar auf der Hand. Es läßt sich nicht leugnen, was zur Stunde in Schneidemühl die traurigen Folgen der Unzulänglichkeit der Baracken darstellt, ist ein Flüchtlingselend, das in seinem Ausmaß, in der Zahl der Betroffenen, in der Art der Lebensbedingungen, in der Verwahrlosung der Elendsbilder, die Goethe's Geistesgegenwart hier vor der rauhen, nackten Wirklichkeit des Weltkrieges mit dem Exodus aus Ostpreußen erleben, auch das wird, es muß offen ausgesprochen werden, durch das zur Stunde in Schneidemühl herrschende Flüchtlingselend glatt in den Bereich der menschlichen Barbarei hineingeführt. Die traurigen Folgen der Unzulänglichkeit der Baracken Vorkehrungen für die Aufnahme der Flüchtlinge paaren sich noch mit dem Umstand, daß diese jetzt mittellos auf der Landstraße stehen, die in jener stark fahrlässigen Auffassung, die man hier wieder einmal das Kind in den Dptantenbaracken anlagend gegen polnischen Barbaren nachgebenen Stellen in Deutschland ein bezeichnendes Denkmal auf die übliche lässige Behandlung der Dinge, „es werde ja nicht so schlimm sein“, wenn das Flüchtlingselend durch mangelnde Unterbringung in Schneidemühl ganz wesentlich verschärft worden ist. — So hat das in erster Linie die Folge, daß es ja nicht gar so schlimm machen.“ Wenn das Flüchtlingselend durch mangelnde Unterbringung in Schneidemühl ganz wesentlich verschärft worden ist, so hat das in erster Linie die Folge, daß es ja nicht gar so schlimm machen.“ Wenn das Flüchtlingselend durch mangelnde Unterbringung in Schneidemühl ganz wesentlich verschärft worden ist, so hat das in erster Linie die Folge, daß es ja nicht gar so schlimm machen.“

die Not und das Elend dieser armen Vertriebenen deutschen Brüder bis an die Grenze des Möglichen zu mildern.

Darüber hinaus geht aber in dieser Stunde an einen jeden Deutschen, an eine jede deutsche Gemeinde und sei es der kleinste Flecken, die heilige Verpflichtung, auch an ihrem Teile nach Kräften mit dazu beizusteuern, daß das bittere Los dieser Opfer polnischen Fanatismus gemildert, wenigstens erträglich gemacht werden kann. Wir wollen und wir dürfen nicht vergessen, daß die Vertriebenen die jetzt in Schneidemühl im grauen Elend sitzen, in des Wortes besserer Bedeutung Frontkämpfer des Deutschtums waren. Es ist deutsche Ehrenpflicht, sich dieser Opfer im weitgehendsten Maße anzunehmen. Erst kürzlich, noch vor Eintritt dieser Katastrophe, war der preussische Innenminister gezwungen, an die preussische Bevölkerung und die preussischen Gemeinden eine recht ernste Mahnung in Bezug dieser Flüchtlingsfürsorge zu richten. Nun hat an seinem Teile ein jeder Deutscher, eine jede deutsche Gemeinde Gelegenheit, ihrer Ehrenpflicht als Deutscher nachzukommen. Möge ein jeder dieser seiner Verpflichtung eingedenk sein.

Severing in Schneidemühl.

Der preussische Innenminister bei den Ausgewiesenen. Der preussische Innenminister Severing begab sich Sonntag nacht nach Schneidemühl zur Inspizierung des Flüchtlingslagers.

Ueber seine Eindrücke

sagte der Minister u. a.: Die Situation im Lager ist jetzt wesentlich besser. Der Ansturm der Neuankommenen hat abgeklaut. Am Sonntag sind noch etwa 350 neue Dptanten eingetroffen, die sofort untergebracht und versorgt worden sind.

Um die noch nicht befriedigend geregelten Unterkunftsverhältnisse zu bessern, werden von Berlin 9000 Decken herbeitransportiert. Außerdem werden in ausreichender Zahl an Ort und Stelle Holzbockbetten zusammengestellt, die zusammen mit den Decken dann wirklich brauchbare Lagerstätten für jeden einzelnen ergeben. Selbstverständlich braucht niemand etwa, wie das an einzelnen Stellen behauptet worden war, vorübergehend im Freien zu übernachten; für alle Dptanten sind genügend Unterkunftsräume vorhanden.

Unsere ganz besondere Sorge gilt selbstverständlich den Kindern. Es ist Anordnung gegeben worden, möglichst alle Kinder, von denen sich die Eltern zeitweilig trennen wollen, in sorgsame Privatpflege oder in Kinderheime, etwa an der Ostsee oder an sonstigen geeigneten Stellen, zu geben, wo sie in guter Obhut sind. Außerdem wird ein Kinderheim, das in Schneidemühl errichtet wird, in spätestens sechs Wochen fertig sein und 500 Kindern dauernd solange Unterkunft geben, wie es die Verhältnisse der Eltern nur erfordern. Die einzige Schwierigkeit ist eben die, daß sich viele Mütter auch nur für kurze Zeit nicht von ihren Kindern trennen wollen, und daß also diese Kinder solange im Lager mit ihren Eltern bleiben müssen, bis die — allerdings mit größter Beschleunigung betriebene — Verteilung der Eltern auf die einzelnen Regierungsbezirke durchgeführt ist.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident u. Hindenburg empfing den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, und den Reichsinnenminister Schiele zum Vortrag über die Ausweisung der deutschen Dptanten aus Polen, die Versorgung der Ausgewiesenen und die im Zusammenhang hiermit noch zu treffenden Maßnahmen. Der Reichspräsident ließ sich von beiden Ministern Vorträge halten und erörterte im Anschluß daran die Möglichkeiten einer durchgehenden Reichshilfe für die Opfer polnischer Willkür.

Die Entpolitisierung der Schule.

Schulfragen im Badischen Landtag.

Kultusminister Dr. Hellpach in Karlsruhe hob im Verlaufe einer Schuldebatte im Badischen Landtag hervor, daß es beim Bemühen um die Entpolitisierung der Schule gelungen sei, die Jugend zur freiwilligen Ablegung aller politischen Abzeichen zu bewegen. Ihre unverdorbene menschliche Einstellung habe die Befreiung der Abzeichen als Wohlthat empfunden. Man soll auch nicht jedes Wort unreifer Menschen allzu tragisch nehmen, wie das vielfach geschehen sei.

Zur Grundschule äußerte der Minister, eine 13-jährige Schulzeit könne nicht verant-

wartet werden, es müsse sich eine andere Lösung des Schulproblems finden lassen. Dem Einbau von Sprachklassen in die Grundschule bringe das Ministerium Sympathie entgegen, denn ohne Zweifel werden diese Klassen dazu beitragen, den Zustrom rein praktisch gerichteter Schüler zu den höheren Schulen zu verringern. Zu befürworten sei hier das Heimere System, eine Art Mittelschule. Bedingung sei jedoch, daß solche Einrichtungen nicht den Charakter von Klassen Schulen erhalten. Die Aufbauschule müsse organisch an die Grundschule angefügt werden, damit die Auslese nach dem Ermessen der Lehrer und nicht dem subjektiven Empfinden der Eltern vorgenommen werden könnte.

Belgien und der Sicherheitspact.

Konferenz noch im September?

Die Brüsseler „Etoile Belge“ spricht in Auseinandersetzungen über die deutsche Antwortnote über die Möglichkeit einer September-Konferenz, an der auch Deutschland teilnehmen könne.

England und Belgien seien einer solchen Konferenz geneigt, nur Frankreich zögere noch, seine Zustimmung zu geben. Die fällige Völkerbundstagung in Genf werde am 7. September beginnen, und Chamberlain, Briand und Vandervelde, die alle drei in Genf sein werden, Gelegenheit geben, persönlich den Gedankenaustausch über den Sicherheitspact weiter zu treiben. Man rechnet dann in der zweiten Septemberhälfte mit einer Konferenz unter eventueller Teilnahme Deutschlands.

Zum Wirtschaftskrieg mit Polen.

Dr. Posse über den Zollkrieg.

Ministerialdirektor Dr. Posse, einer der maßgebenden Deponenten der gegenwärtigen deutschen Handelspolitik, äußerte sich über den Wirtschaftskrieg mit Polen u. a. wie folgt:

Im allgemeinen wird von der deutschen Öffentlichkeit der Wirtschaftskrieg mit Polen gebilligt. Ich möchte mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß wir den Zollkrieg mit Polen zu einem guten Ende zu bringen erwünscht und entschlossen sind, auf der Grundlage der erlassenen Maßnahmen alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen. Wir sind der Auffassung, daß die wirtschaftliche Lage in Polen die verantwortlichen polnischen Instanzen schon bald zu näherem Nachdenken über die Lage veranlassen wird. Wir werden polnische Vorschläge selbstverständlich nicht ablehnen und wären sicherlich auch bereit, noch vor dem verabredeten Termin des 15. September 1925 mit Polen von neuem zu verhandeln, wenn nur von polnischer Seite Erklärungen abgegeben werden könnten, die eine neue Verhandlungsbasis schaffen. Wenn jetzt von polnischer Seite nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland der Versuch gemacht wird, die Schuld an dem Wirtschaftskrieg den deutschen Unterhändlern und den zuständigen Ressorts der Reichsregierung zuzuschreiben, so muß deutlich darauf hingewiesen werden, daß Polen unbekümmert den Anfang mit dem Wirtschaftskrieg gemacht hat.

Polnisch-russische Krise.

Erste Verschärfung der russisch-polnischen Beziehungen.

Der polnisch-russische Zwischenfall bei Zampol, wobei ein russischer Kommandant erschossen wurde, scheint ernste Folgen zu haben. Das russische Außenkommissariat, das schon durch die polnischen Manöver an der russischen Grenze sehr gereizt ist, ist der Ansicht, daß die Haltung Polens direkt herausfordernd wirkt. Tschitscherin wird im Laufe der nächsten Woche eine neue Note an Polen abgeben lassen, in der die Bildung einer neuen gemischten Grenzkommission unter Heranziehung militärischer Vertreter gefordert wird. Tschitscherin ist der Meinung, daß der polnische Außenminister Strzynski allein daran Schuld habe, daß die russisch-polnischen Beziehungen sich verschlechterten, daß dies sich schließlich auf die russisch-polnischen Handelsbeziehungen auswirken werde. Einige russische Bestellungen in Polen seien bereits rückgängig gemacht worden. Tschitscherin soll fest entschlossen sein, falls es nicht gelingt, den Zwischenfall beizulegen, den Kriegszustand über die Grenzgebiete zu verhängen.